



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

350 zusätzliche Neueinstellungen von Gymnasialreferendarinnen und -referendaren gefordert

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ohne Auswirkung auf die Einstellungssituation im Herbst 2014, zum Einstellungstermin im Februar weitere 350 Nachwuchslehrerinnen und -lehrer einzustellen, die derzeit nicht nach Bedarfsprognose in den bayerischen staatlichen Gymnasialdienst eingestellt wurden, um

1. die seit Kurzem aufzubauende Lehrerinnen bzw. -lehrer Reserve deutlich schneller zu stärken, damit die Gymnasien in die Lage versetzt werden, je nach schulbezogenen Bedarf vor Ort flexibel nachsteuern zu können oder andererseits im Bereich der staatlichen Beruflichen Oberschulen (BOB) zu beschäftigen, um dort die personelle Situation zu verbessern;
2. die Gymnasialreferendarinnen und -referendare zu entlasten – so sollen die Wochenstunden des eigenverantwortlichen Unterrichts für Gymnasialreferendarinnen und Referendare im 2. Ausbildungsabschnitt von max. 17 reduziert werden und im 3. Ausbildungsabschnitt vom eigenverantwortlichen Unterricht entlastet werden.
3. qualifizierte Junglehrerinnen und Junglehrer mit dem Ausbildungsfach Deutsch im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ zum Schulhalbjahr 2013/14 fortzubilden, um diese für eine bayernweite systematische Sprachförderung an allen Schularten einzusetzen.

Begründung:

Seit Jahren herrscht an den Gymnasien Lehrerinnen- und Lehrermangel. Vor allem in den so genannten MINT-Fächern verlieren die Schulen in Konkurrenz zur Wirtschaft die gesuchten Lehrkräfte in den Man-

gelfächern. Die Abdeckung des Kernunterrichtes war an etlichen Schulen nur unter großen Schwierigkeiten zu erreichen. Die u.E. absurde Einstellungspolitik im Bereich Gymnasium zwischen Volleinstellung und Einstellungsstopp ist seit Jahren unflexibel, wird den Bedürfnissen der Schulen vor Ort nicht gerecht und führt zu abwegigen Situationen. So hängt es faktisch vom Halbjahr des Examens ab, ob qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber eingestellt werden oder nicht.

Auch wenn die Zahlen der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurück gehen, werden die Aufgaben für die Lehrerinnen und Lehrer immer größer. Ohne zusätzliche, qualifizierte Lehrkräfte werden die Unterrichtsbedingungen mit dem Ziel der stärkeren individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nicht besser. Der Ausbau der individuellen Förderung, der weitere Abbau großer Klassen, die Verringerung von Unterrichtsausfall, die Ausweitung des Ganztagsangebots benötigen ein Plus an Lehrkräften.

2007 wurde die Unterrichtsverpflichtung der Referendarinnen und Referendare erhöht.

Diese Notmaßnahme zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung stellt einerseits eine erhebliche Belastung in einer Ausbildungsphase dar, andererseits führt dies dazu, dass die Referendarinnen und Referendare so viel Unterricht abdecken, dass sie aufgrund der Einstellungspraxis zumindest in einigen Fächern ihren eigenen zukünftigen Arbeitsplatz „überflüssig machen“. Deshalb muss die Verpflichtung für Referendarinnen und Referendare zur Unterrichtshilfe umgehend reduziert werden. Ziel des Referendariates muss die bestmögliche Ausbildung sein.

Fehlende oder geringe Deutschkenntnisse sind für Schulanfängerinnen und Schulanfänger und spät einsteigende Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache ein großes Hemmnis für die Integration und den Schulerfolg. Sprachliche Bildung ist ein wesentlicher Aspekt des Bildungsauftrags und der Integrationsleistung von Schule. Kinder, die Deutsch als Zweitsprache lernen, haben zu Hause nicht immer ausreichend Möglichkeit, Deutsch zu hören und zu sprechen. Eine frühzeitige gezielte Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache ist von ganz besonderer Bedeutung. Sie ist die Voraussetzung für das Erlernen von Lesen und Schreiben und damit für weitere Bildungserfolge. Hauptziel ist der schnelle und gründliche Erwerb der deutschen Sprache und damit die möglichst reibungslose Integration in Schule, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Deshalb fordern wir eine Kampagne für eine bayernweite Sprachförderung an allen Schularten.

Die abgewiesenen Bewerberinnen und Bewerber sollen jetzt mit fairen Anstellungsverträgen beschäftigt werden, mit der Option in den regulären Schuldienst zu wechseln.